

# Themen der Koalitionsfraktionen für die Landtagssitzung im Oktober 2022

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

## Verlässliche Antworten für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern: Entlastungspaket konkretisieren, beschleunigen und ergänzen

- Drucksache 8/1356 -

Der Landtag möge beschließen:

### I. Der Landtag stellt fest:

Die Bundesregierung hat mit dem Entlastungspaket III mit einem Umfang von 65 Milliarden Euro wichtige Entscheidungen getroffen, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen zu helfen, die Energiekrise zu bewältigen. Wesentliche Forderungen des Landtagsbeschlusses vom 7. September 2022 (Drs. 8/1254) und des Energiegipfels der Landesregierung vom 22. August 2022 sind in diesem Paket enthalten (z.B. Strompreisbremse, Entlastung für Rentnerinnen und Rentner und Studierende, Wohngeldreform). Um allen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern eine bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten, sind aber weitere Schritte des Bundes nötig.

- II. Der Landtag begrüßt, dass auf Initiative und Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern das Energieministertreffen am 14. September 2022 einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, der die Bundesregierung auffordert, schnellstmöglich auf der Grundlage der europäischen Vereinbarungen ein Modell zur Begrenzung von Energiepreissteigerungen für Gas, Strom und Wärme als zentralen Beitrag für Planungssicherheit und Versorgungssicherheit von Unternehmen und privaten Haushalten zu schaffen (zum Beispiel Energiepreisdeckelung). Ein Energiepreisdeckel würde viele weitere Entlastungspakete erübrigen. Ein solches Modell muss gleichermaßen einen Anreiz zum Energiesparen beinhalten sowie sozial gerecht und praktikabel vollziehbar sein.
- III. Der Landtag erkennt zudem an, dass der Bund mit seinem Zukunftspaket zur Transformation der ostdeutschen Raffineriestandorte und Häfen ein zusätzliches Investitionsprogramm aufgelegt hat, dass erhebliche Investitionen für die Energiehäfen Rostock und Lubmin und deren Umfeld bedeutet und vom Land kofinanziert wird.

- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin für eine zeitnahe Umsetzung der im Landtagesbeschluss vom 7. September 2022 (Drs. 8/1254) aufgeführten Maßnahmen einzusetzen und hierbei folgende Forderungen in den Fokus zu stellen:
1. Einen Energiepreisdeckel im Sinne des Beschlusses des Energieministertreffens vom 14. September 2022, der auch die Energieträger Gas und Wärme umfasst.
  2. Über den Energiepreisdeckel hinaus ist das bereits existierende Energiekostendämpfungsprogramm auf kleine und mittlere Unternehmen auszuweiten. Gerade Mecklenburg-Vorpommern mit seiner KMU-geprägten Wirtschaftsstruktur ist darauf angewiesen, dass alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe Zugriff auf das Programm erhalten.
  3. Um Strom-, Gas-, und Fernwärmesperrungen sowie Wohnraumkündigungen zu verhindern, müssen die kommunalen Stadtwerke über einen entsprechenden Schutzmechanismus gegen kundenseitige Einnahmeausfälle abgesichert werden sowie ihre Liquidität aufgrund erhöhter Kosten durch den Energieeinkauf infolge steigender Kundenzahlen in der Grundversorgung gesichert werden. Gleiches muss für Wohnungsunternehmen gelten, die für Ihre Mieterinnen und Mieter eine Wärmeversorgung sicherstellen.
  4. Für eine gezielte Unterstützung des Bundes von Einrichtungen der kritischen Infrastruktur (wie z.B. Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und sonstige soziale Einrichtungen) sowie von kulturellen Einrichtungen und Sportstätten für einen Ausgleich gestiegener Energiekosten.
  5. Die vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung zur Entlastung der Kommunen.
  6. Die Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation als Ausnahmeregelung der Schuldenbremse, um einen Schutzschirm gegen die steigenden Energiepreise zu spannen, bis die angekündigten Maßnahmen für mehr Angebot und dadurch niedrigere Energiepreise sorgen.

## **Für ein gutes Leben im Alter**

- Drucksache 8/1355 -

Der Landtag möge beschließen:

### **I. Der Landtag stellt fest:**

1. Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird durchschnittlich immer älter. Demografische Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2040 knapp ein Drittel der Landesbevölkerung älter als 65 Jahre sein wird. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Anzahl jüngerer Menschen bis 2040 zurückzuführen. Insbesondere die Zahl der Menschen über 75 Jahren wird aber auch in absoluten Zahlen bis 2040 voraussichtlich deutlich ansteigen. Folglich sollte Seniorenpolitik verstärkt in den Fokus öffentlichen Handelns rücken.
2. Ein zentraler Ansatzpunkt für die Seniorenpolitik muss es weiterhin sein, gegen Tendenzen von Vereinsamung und Isolation im Alter vorzugehen, um auch damit die Gesundheit älterer Menschen zu erhalten und zu fördern. Der Ermöglichung von Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen durch stärkere Nutzung der digitalen Möglichkeiten sowie der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Seniorinnen und Senioren kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
3. Es bedarf daher in Mecklenburg-Vorpommern seniorenpolitischer Konzepte, die ihrem jeweiligen Wirkungsbereich entsprechend entweder auf Landesebene, oder auf kommunaler Ebene angesiedelt sein sollten. Auf Landesebene sollten umfassende Strategien für die Schlüsselaspekte Beteiligung und Engagement sowie Förderung digitaler Kompetenzen entwickelt werden; auf kommunaler Ebene sollte die Weiterentwicklung der kommunalen Pflegesozialpläne angestoßen werden.
4. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine beeindruckende Struktur von Vereinen, Initiativen und Gruppen, in denen sich Menschen ehrenamtlich einbringen und damit einen unschätzbar wertvollen Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten. Hier wird bürgerschaftliches Engagement gelebt und weiterentwickelt. Auf diesen Erfahrungsschatz, bereits bestehender Strukturen, Ideen und Projekte sollte zurückgegriffen werden. Denn Seniorinnen und Senioren leisten mit ihren über viele Jahre erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen verbunden mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Zeitbudget einen wertvollen Beitrag, der gleichberechtigt in gesellschaftliche Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse einzubeziehen ist.

### **II. Die Landesregierung wird beauftragt,**

1. gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenverbänden, der kommunalen Ebene, der freien Wohlfahrtspflege und Patientinnen- und Patientenorganisationen sowie der Regierungsfractionen des Landtags bis Mitte 2023 einen „Runden Tisch - gegen Einsamkeit im Alter“ ins Leben zu rufen, mit dem Ziel Empfehlungen für Strategien gegen Einsamkeit zu

erarbeiten sowie den Grundstein für ein landesweites Bündnis gegen Einsamkeit zu legen. Die auf Bundesebene in Erarbeitung befindliche „Strategie gegen Einsamkeit“ soll nach ihrer Fertigstellung in die Arbeit des Runden Tisches einbezogen werden. Des Weiteren dient der Runde Tisch als Austauschplattform für die Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“. Im Sinne einer synergetischen Nutzung sollen hier die kommunalen Ergebnisse und Erkenntnisse mit dem Ziel einer landesweiten Ausstrahlung zusammenfließen. Die Koordinierung des Runden Tisches ist im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport anzusiedeln; dessen Ergebnisse sollen in regelmäßigen Abständen, mindestens jährlich, im Sozialausschuss vorgestellt werden.

2. in Bezugnahme auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ zum Themengebiet bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe bis Ende 2025 eine landesweite Engagementstrategie zu erarbeiten.
3. bis Mitte 2024 zu prüfen, wie weitere Standorte des landesweiten Projektes SilverSurfer mit Unterstützung der Bundesprojekte, wie zum Beispiel dem Digital-Kompass und den Erfahrungsorten im DigitalPakt Alter, eingerichtet werden können.
4. Landkreise und Gemeinden bei Interessenbekundung darin zu unterstützen, ihre kommunalen Pflegesozialpläne zu einem Konzept weiterzuentwickeln, welches die jeweils vor Ort relevanten seniorenpolitischen Gesichtspunkte berücksichtigt.